

# Harte Kritik an Seehofer

**ZUWANDERUNG** Bayerns Ausländer-Beiräte halten die Äußerungen des Ministerpräsidenten für gefährlich.

**Bamberg/Augsburg** - Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) stößt wegen seiner Forderung nach einer Begrenzung der muslimischen Zuwanderung auf wütenden Protest der bayerischen Ausländerbeiräte. „Ich halte Äußerungen, die ganze Bevölkerungsgruppen ausgrenzen und unter Pauschalverdacht stellen, für unverantwortlich und sehr gefährlich“, sagte Mitra Sharifi-Neystanak, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-,

Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (agaby). „Anti-islamische Haltung ist zur Zeit sehr in Mode, ich halte das für rassistisch.“ Die CSU ihrerseits bleibt bei ihrer skeptischen Haltung zum Islam.

Sharifi - Deutsch-Iranerin, von Beruf Germanistin und an der Uni Bamberg tätig - warnte vor einer fremdenfeindlichen Welle: „Das könnte Dinge ins Rollen bringen, die die Politiker dann nicht mehr unter Kontrolle haben.“ Sie warf Seehofer vor, nach der Sarrazin-Debatte am rechten Rand Stimmen fangen zu wollen. „Natürlich gibt es Probleme. Wir haben einen kleinen Teil Fundamentalisten. Aber die große Mehrheit der Muslime in Deutschland steht auf dem Boden der Verfassung.“

Notwendig sei, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und nicht zu schwächen, so Sharifi. „Die deutsche Kultur kann stolz sein auf die im Grundgesetz festgeschriebene Gleichheit aller Menschen und die Religionsfreiheit. Ich fände es sehr bedauerlich, wenn jetzt ein Kulturkampf gestartet würde.“ Die CSU habe sich in den vergangenen Jahren in der Ausländerpoli-

tik zurückgehalten. „Die jetzige Debatte empfinde ich als Rückschritt“, sagte Sharifi.

Die CSU dagegen möchte den Islam weiter auf Distanz halten: Europagruppenchef Markus Ferber lehnte Imame bei Einweihungsfeiern und anderen offiziellen Anlässen mit kirchlicher Präsenz ab. „Wir müssen dafür Sorge tragen, dass auch heute noch unsere traditionellen bayerischen Werte geschützt und gewahrt werden“, sagte Ferber. „Muslimische Zeremonien gehören da aber ganz eindeutig nicht dazu.“

Ebenso wie die Grünen warf unterdessen auch der niedersächsische Innenminister

Uwe Schünemann (CDU) Seehofer Populismus vor. Die Linke-Vorsitzende Gesine Löttsch forderte Seehofer zum Rücktritt auf. „Herr Seehofer sollte wie Herr Sarrazin auf seinen Job verzichten“, erklärte sie. Gleichzeitig warf Löttsch Seehofer geistige Brandstiftung vor: „Die Worte Seehofers werden von Rechtsradikalen dankbar aufgegriffen. Es ist nur eine Frage der Zeit, dass Häuser von Muslimen brennen.“

Für Wirbel in der Debatte sorgt eine Untersuchung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen. Der Studie zufolge wünschen sich nur 9,2 Prozent der deutschen Jugendlichen einen türkischen Nachbarn, mehr als 38 Prozent sind allerdings dagegen. Jedoch sagten 40,9 Prozent der Türken, sie fänden deutsche Nachbarn sehr angenehm. Das Institut befragte etwa 25 000 im Durchschnitt 15 Jahre alte Jugendliche, welchen ausländischen Nachbarn sie am liebsten hätten. dpa



Mitra Sharifi-Neystanak



Horst Seehofer